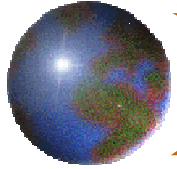


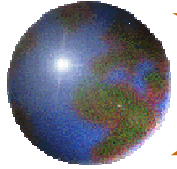
Das österreichische Atomhaftungsgesetz: ein Vorbild für Europa

Monika Hinteregger,
Universität Graz



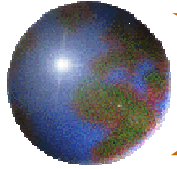
EU

- ⊕ Hoher Stellenwert in der Elektrizitätserzeugung
- ⊕ Kernenergie ist
 - ⊞ nachhaltig
 - ⊞ wettbewerbsfähig und
 - ⊞ garantiert Versorgungssicherheit
- ⊕ Siehe: Hinweisendes Nuklearprogramm 2007; Grünbuch 2006 für eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie; Mitteilungen der Kommission an Rat und Parlament aus 2007 („Eine Energiepolitik für Europa“, „50 Jahre Euratom-Vertrag“).



Kommission stellt in Aussicht:

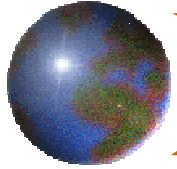
- ❖ umfangreiches Maßnahmenpaket der Gemeinschaft in Bezug auf
 - ❑ nukleare Sicherheit
 - ❑ Stilllegung von Anlagen
 - ❑ Abfallentsorgung
- ❖ Ziel:
 - ❑ „Entwicklung eines harmonisierten Haftungssystems“
 - ❑ „Einrichtung von Verfahren, damit bei einem durch einen Nuklearunfall verursachten Schaden Mittel zur Verfügung stehen“
- ❖ Quelle: Hinweisendes Nuklearprogramm 2007, Seite 3, 26



Erster Schritt:

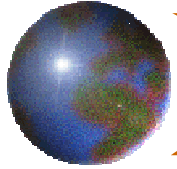
- Studie zum Beitritt von Euratom zum Pariser Übereinkommen:

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/studies/doc/2009_12_accession_euratom.pdf



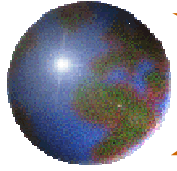
Haftung für den Betreiber einer Kernanlage in Europa:

- ⊕ zersplittert
- ⊕ unzureichend



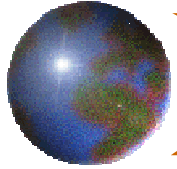
Paris/Brüssel-Regime (OECD):

- ✿ **Pariser Übereinkommen (1960, 1982):**
Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Portugal, Schweden, Slowenien, Spanien und Vereinigtes Königreich
- ✿ **Brüsseler Zusatzübereinkommen (1964, 1982):** alle PÜ-Staaten, außer Griechenland und Portugal
- ✿ **Zusatzprotokolle 2004:** noch nicht in Kraft

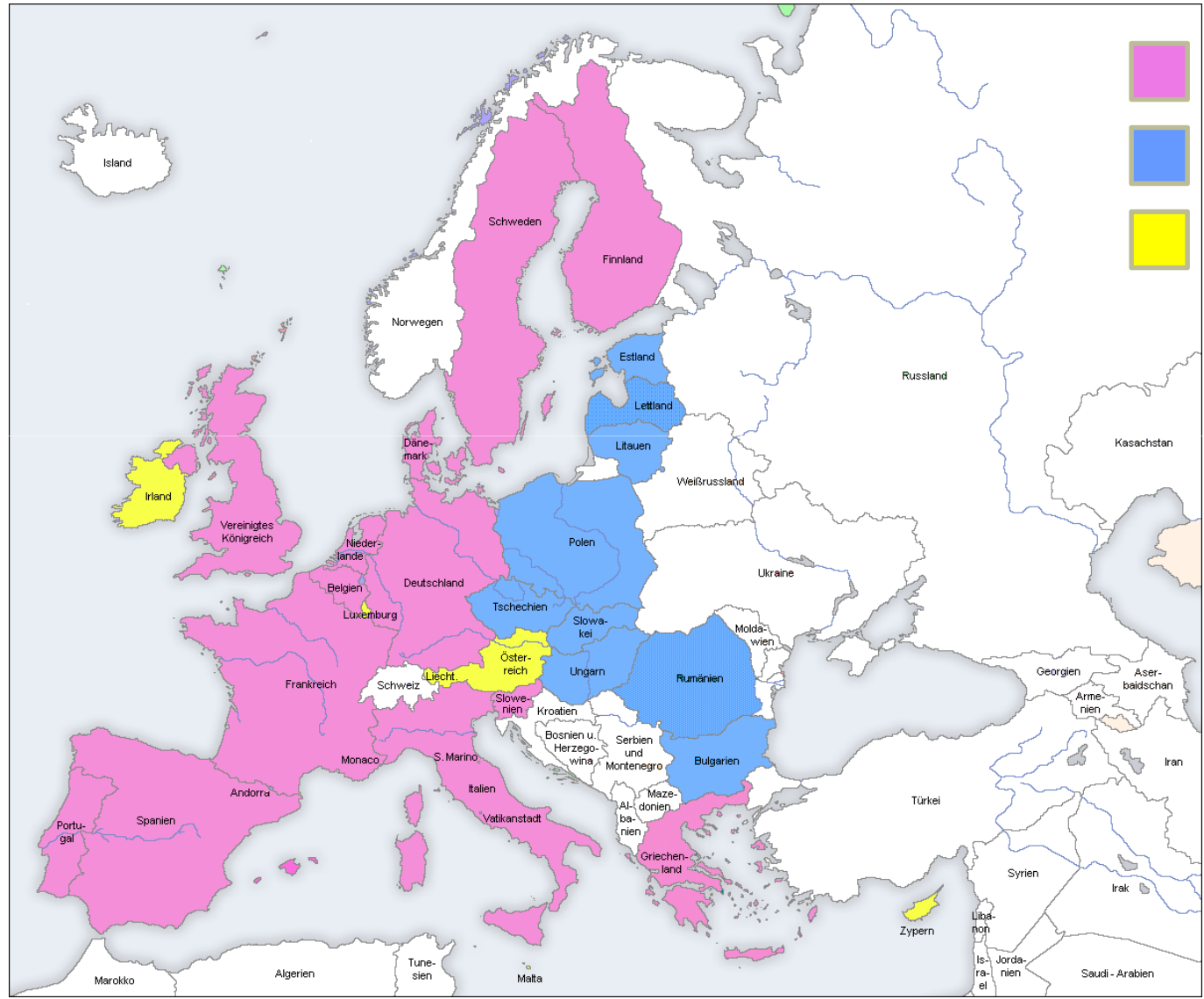
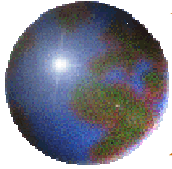





Wiener Regime (IAEA):

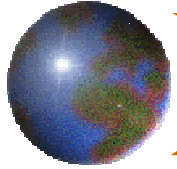
- ✦ **Wiener Übereinkommen 1963:** Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien, Ungarn
- ✦ **Wiener Übereinkommen 1997:** Lettland, Rumänien



- ❖ **Gemeinsames Protokoll 1988:** PÜ und WÜ-Staaten außer Belgien, Frankreich, Portugal, Spanien, Vereinigtes Königreich
- ❖ **Übereinkommen zur Bereitstellung zusätzlicher Entschädigungsmittel 1997 (IAEA):** Rumänien, noch nicht in Kraft
- ❖ **Keinem Übereinkommen gehören an:** Irland, Luxemburg, Malta, Österreich, Zypern

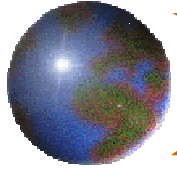


-  Paris/Brüssel-Regime
-  Wiener Regime
-  kein Übereinkommen

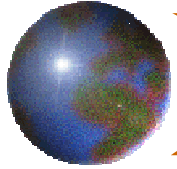


Grundsätze der Nuklearkonventionen

- ✚ zivilrechtliche Haftung des Betreibers einer Kernanlage für Schäden dritter Personen („**third party liability**“), verschuldensunabhängig, nur Schäden durch ein nukleares Ereignis
- ✚ **rechtliche Kanalisierung der Haftung**: es haftet nur der Betreiber der Kernanlage und nur nach den Regeln der Übereinkommen

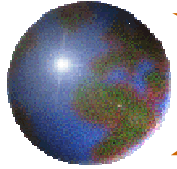


- ❖ **Kongruenz von Haftung und Deckung:** Haftung des Betreibers ist der Höhe nach beschränkt, Haftungsbetrag ist garantiert
 - ❑ PÜ 1982: 15 Mio SZR (mind. 5 Mio SZR); PÜ 2004: mind. 700 Mio Euro
 - ❑ BZP: bis zu 300 Mio SZR öffentliche Mittel im Schadensfall, Betreiberstaat: 170 Mio SZR; alle Betreiberstaaten gemeinsam: weitere 125 Mio SZR (Solidarfonds); BZP 2004: Betreiberstaat: 500 Mio Euro, alle Betreiberstaaten gemeinsam: 300 Mio Euro (PÜ und BZP: insgesamt 1500 Mio Euro)
 - ❑ Das WÜ 1963: Haftungsuntergrenze von 5 Mio US-Dollar (bezogen auf den Goldpreis vom 29.4.1963)
 - ❑ WÜ 1997: 300 Mio SZR (maximal die Hälfte aus Staatsmitteln), Reduktionen möglich

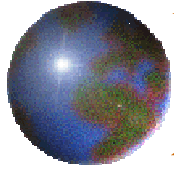


Ersatzfähige Schäden

- ✚ Personenschäden
- ✚ Sachschäden
- ✚ sonstige Vermögensschäden
- ✚ Umweltschäden
 - nur nach PÜ-Protokoll 2004 und WÜ-Protokoll 1997 (Kosten von Maßnahmen zur Wiederherstellung geschädigter Umwelt, aus der Umweltbeeinträchtigung resultierende Vermögensschäden und die Kosten vorbeugender Maßnahmen), nur wenn und soweit dies Mitgliedstaat tatsächlich vorsieht

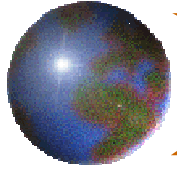


- ✚ territoriale Reichweite: komplex, öffentliche Mittel des BZP 1982 und 2004 stehen für Schäden in Nicht-Vertragsstaaten nicht zur Verfügung
- ✚ **internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht:** Gericht und Recht des Betreiberstaates (Vertragsstaat, in dem das nukleare Ereignis eingetreten ist)



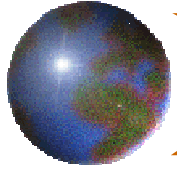
Das österreichische AtomHG

- ❖ **verschuldensunabhängige** Haftung des Betreibers einer Kernanlage für Schäden durch ionisierende Strahlung, nicht an ein nukleares Ereignis geknüpft; gilt auch für den Beförderer von Kernmaterialien
- ❖ **keine rechtliche Kanalisierung der Haftung:** atomrechtliche Gefährdungshaftung ergänzt die nach anderen Rechtsgrundlagen bestehende Haftung (zB Verschuldenshaftung, sonstige Gefährdungshaftungen, nachbarrechtliche Immissionshaftung). Die Haftung dritter Personen wird durch das AtomHG weder beschränkt noch sonst verändert (Einschränkung: 16 Abs 2 und 23 Abs 2 AtomHG)

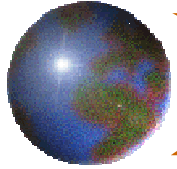


- ❖ **keine Kongruenz von Haftung und Deckung:** unbegrenzte Haftung mit Deckungsvorsorgeverpflichtung durch Pflichthaftversicherung; Direktklagerecht

- ❖ **Ersatzfähige Schäden:**
 - ❑ Personenschäden
 - ❑ Sachschäden
 - ❑ Umweltschaden



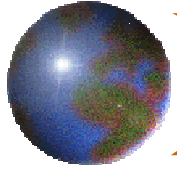
- ❖ **inländischer Gerichtsstand** (Wahlgerichtsstand des Erfolgsortes) und **Anwendbarkeit des österreichischen Rechts** auf Schäden, die in Österreich eintreten
- ❖ **Beweiserleichterungen für den Geschädigten:**
 - ❑ Kausalitätsvermutung für Personenschäden
 - ❑ Auskunftspflichten des Betreibers und des Beförderers gegenüber dem Geschädigten (13, 14 AtomHG 1999)
 - ❑ erweiterte Gehilfenhaftung (17 AtomHG 1999)
 - ❑ Solidarhaftung
 - ❑ Verjährungsfristen: drei Jahre bei Kenntnis von Schaden und haftpflichtiger Person; sonst 30 Jahre ab Eintritt des Schadens



Forderungen an ein künftiges europäisches Atomhaftungsregime

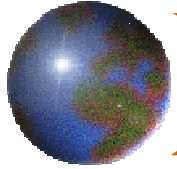
✚ Einheitliches europäisches Atomhaftungsrecht

- Verordnung
- Keine territoriale Beschränkung:
Rechtssicherheit für Geschädigte innerhalb und
außerhalb der EU
- Möglichkeit der Sammelklage



✚ Inhalt:

- ✚ Spezielle Gefährdungshaftung für Kernanlagenbetreiber
- ✚ Deckungsvorsorgeverpflichtung: Einstandspflicht des Staates nur bei Kostenwahrheit (Vorbild: USA)
- ✚ Keine rechtliche Kanalisierung der Haftung: Schutz der Zulieferer durch wirtschaftliche Kanalisierung nach dem Vorbild des AtomHG und USA möglich
- ✚ Beweiserleichterungen (Vorbild AtomHG)



Zusatzforderung:

-  Keine Sonderstellung der Nuklearindustrie in der Produkt- und Umwelthaftung